



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

**Hakenkreuzbanner. 1931-1945
2 (1932)**

5 (7.1.1932)

[urn:nbn:de:bsz:mh40-253934](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-253934)

Städt. Anzeiger
Eing. - 7 JAN. 1932

Genossenkreuzbanner

NATIONALSOZIALISTISCHES
KAMPFBLATT NORDWESTBADENS

Verlag: Nationalsozialistischer Verlag, (Herausgeber: Otto Meyer, Schillingstr. 15, Telefon 4048, Badenweiler, Baden, P. B., Tel. 31671. Das Genossenkreuzbanner erscheint 4 mal wöchentlich und kostet monatlich 2,40 RM. Die Werbung kostet 30 Pfg. Preisänderungen werden die Postämter und Verteilungsorte informiert. In die Zustellung des Briefes sind durch die Postämter keine Gebühren zu zahlen, jedoch kann ein Zuschlag für die Zustellung eintreten.)

Verlag: Nationalsozialistischer Verlag, (Herausgeber: Otto Meyer, Schillingstr. 15, Telefon 4048, Badenweiler, Baden, P. B., Tel. 31671. Das Genossenkreuzbanner erscheint 4 mal wöchentlich und kostet monatlich 2,40 RM. Die Werbung kostet 30 Pfg. Preisänderungen werden die Postämter und Verteilungsorte informiert. In die Zustellung des Briefes sind durch die Postämter keine Gebühren zu zahlen, jedoch kann ein Zuschlag für die Zustellung eintreten.)

Nr. 5 / 2. Jahrgang

Mannheim, Donnerstag, den 7. Januar 1932

Freiverkauf 15 Pfg.

Der Stillhaltestrick gedreht Vorbereitungen zum dritten Tributplan

Wie die Blätter melden, verhandelt das Berliner Stillhaltekomitee lediglich noch um den Plan einer Verlängerung des bisherigen Stillhalteabkommens um 1 Jahr. Der Stillhaltestrick für das deutsche Volk wäre damit gedreht. Daß es zu dieser Lösung kommen würde, war vorauszu sehen im Hinblick auf die bevorstehende Tributkonferenz in Lausanne. Frankreich wünschte das so, weil es bei Abbruch des Stillhalteabkommens um die Reparationen besorgt gewesen wäre, die es unter allen Umständen verankert haben möchte. Denn es ist wohl klar, wenn die ausländischen Gläubiger ihre Forderungen in Deutschland kündigen, dann werden wir in ein Wirtschaftschao gestürzt, an dem Frankreich nichts profitieren würde und das die Notwendigkeit eines neuen sozialistischen Aufbaues erfordert, den nur der Nationalsozialismus schaffen kann.

Inzwischen bereiten unsere ehemaligen Gegner den 3. Tributplan vor, von dem sich die unentwegten deutschen Erfüllungspolitiker wieder einmal den bekannten Silberstreifen versprechen. Die Tagung soll am 25. Januar in Lausanne beginnen. Schon jetzt berichtet der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“, daß in „einem der mächtigsten Kreise der Bankwelt“ dafür eingetreten werde, man möge in Lausanne nicht einmal versuchen, auch nur eine provisorische Lösung des Reparationsproblems zu erreichen. Die Bank- und Börsenhyänen wollen demnach das deutsche Volk endgültig zu Tode quälen. Wir haben uns noch keinen Augenblick über die Erfolglosigkeit auch dieser kommenden Tributkonferenz täuschen lassen. Ihr wird das gleiche Schicksal beschieden sein, wie all ihren Vorgängerinnen. Soviel sei in dieser Stunde aber gesagt: Werden in Lausanne wiederum Verpflichtungen für unser blutarmes Volk eingegangen, Wir werden diese Verpflichtungen niemals anerkennen. Wir fordern als Anwalt unserer gequälten Nation die völlige Streichung aller Tributlasten.

absolut notwendig, eine Kassenanierung durch gesetzliche Maßnahmen noch vor der Inangriffnahme der dritten Lesung des Young-Planes gesetzlich zu regeln. Wir halten es für unmöglich, dem Young-Plan in der dritten Lesung zuzustimmen, wenn nicht die finanzielle Lage des Reiches und die finanziellen Konsequenzen des Young-Planes der ganzen Öffentlichkeit klargemacht werden und daraus die gesetzlichen Konsequenzen gezogen worden sind. Wir lehnen es aus ganz klaren und ehrlichen Rücksichten für Aus- und Inland ab, den Young-Plan mit all seinen vielen bedenklichen Seiten anzunehmen und erst vielleicht in zwei oder fünf Monaten das deutsche Volk mit der neuen Finanzpolitik zu überraschen.

Wie ist es aber trotz dieser Ankündigungen gekommen? Herr Brüning hat dem Youngplan mit seiner Stimme zur Annahme verholfen, ohne der Konsequenzen zu gedenken.

Wie Frankreich sich zur völligen Streichung der Tribute stellt, beweisen die Kommentare der französischen Blätter auf die Anregung der „Depeche de Toulouse“. Mit Ausnahme von wenigen Linksblättern jaulte

ganz Frankreich wegen dieser „Zumutung“ auf. Der „Odre“ schreibt u. a.: „Schon das Aufkommen des Gedankens an Reparationsstreichung müsse als Beweis dafür angesehen werden, daß Frankreich zu keiner wirklichen Außenpolitik fähig ist.“ Selbst die Organe Herriots und Painlevés verhalten sich ablehnend zu dem Vorschlag.

Die deutschen Völkervertreter von Goesch, von Neurath und von Schubert werden heute in Berlin erwartet, um an den heute nachmittag stattfindenden Reparationsberatungen teilzunehmen. Seit Tagen schon berät der Reparationsausschuß des Reichskabinetts. Es wäre dringend erwünscht, daß man regierungsfestig endlich einmal davon sinne, eine genaue Aufstellung der bisherigen deutschen Tributleistungen für Lausanne zu machen. Soviel könnte man zum mindesten erwarten. Im Übrigen sind wir uns in Bezug auf den Ausgang der Tributkonferenz im Klaren. Wir werden nicht enttäuscht sein, weil wir nichts von ihr erhoffen. Die rechtmäßigen Vertreter des deutschen Volkes werden in nicht allzu ferner Zeit dazu berufen werden, den gordischen Knoten der Tributfrage zu durchschlagen.

40000 Tertilarbeitern in Baden gekündigt

Seit 1. November 1931 besteht in der badischen Textilindustrie ein tariflosler Zustand. Die auf Grund der Notverordnung geforderte Neuregelung der Tarifföhne konnte bisher nicht durchgeführt werden. Die Landesgruppe Baden des Verbandes Süddeutscher Textilarbeitgeber hat daher durch Anschlag vom 31. Dezember 1931 die Arbeitsverhältnisse der etwa 40 000 Tertilarbeiter in Baden gekündigt. Die Kündigungsfrist läuft am 16. Januar 1932 ab. Vom 18. Januar 1932 sollen die Sätze des bis 1. November 1931 gültigen Tarifföhnes gekürzt um 15 Prozent gelten. Die Aufrechnung der Akkordsätze erfolgt auf Grundlage der in entsprechendem Ausmaß gesenkten Branchenlöhne des früheren Tariffes. Bis zur Umrechnung erfolgt die Kürzung durch Abzug von 15 Prozent vom Bruttolohn. Durch die 15prozentige Kürzung der Tariffätze kommen die Tarifföhne der badischen Textilindustrie auf den Stand Ende 1926. In der Begründung dieser Maßnahme heißt es, daß der Vergleich der Lebenshaltungskosten von heute mit denjenigen von 1926 zeige, daß auch bei der jetzigen Lohnregelung der Reallohn der Arbeiterschaft noch über dem damaligen Stand bleibe. Dazu kommen die jetzt durch die vierte Notverordnung angeordneten und veranlaßten Preissteigerungen, sodaß die Reallohnverhältnisse der Arbeiter durch die geforderte Verkürzung der Tarifföhne in keiner Weise verschlechtert werden. Arbeiter und Arbeiterinnen, die mit der vorgenommenen Neuregelung der Löhne nicht

einkommen sind, haben sich demnach als gekündigt anzusehen. Fortsetzung der Arbeit nach dem letzten Tag der Kündigungsfrist gilt als Einverständnis mit der Neuregelung. Diese Vorschrift soll auch für die berufsfremden Arbeiter der Betriebe gelten.

So sehen die Früchte sozialdemokratischer Tolerierungspolitik und zentristischer Erfüllungspolizei aus! Ein Drittel der Nation arbeitslos und die Arbeitenden in Lebensbedingungen, die mit „Schönheit“ und „Würde“ bestimmt nichts zu tun haben. Jetzt werden wohl die Gewerkschaften wieder einen ihrer feierlichen Professe loslassen, der mit der Drohung endigt, die Tolerierung des Kabinetts Brüning aufzugeben. Damit aber wird es, wie immer seit den Septemberwahlen auch sein Bewenden haben. Die Bönzchen halten es ja noch aus. Sie spüren es ja nicht am eigenen Leibe.

Und auch hier Arbeitsnot

Entlassung von tausend Bergarbeitern in den Vereinigten Stahlwerken. Essen, 6. Jan. Mit dem 1. Februar wird die neue Förderanlage 12 der Zeche Zollverein Essen Katernberg, die zum Konzern der Vereinigten Stahlwerke A.-G. gehört, in Betrieb genommen. Durch die Konzentration der Untertagebetriebe und die Stilllegung der Uertageanlagen, ferner dadurch, daß mit Beginn des nächsten Monats die Kokerei 1 und 2 vollkommen zum Erliegen kommt, hat sich ergeben, daß 1000 Mann der Bergkluft entlassen werden müssen.

Außenpolitische Umschau. Oesterreich.

In Oesterreich erfolgten im Nationalrat wegen einer in Voitsberg vorgefallenen Schießerei wüste Szenen der Sozialisten, bei denen der Führer des Schutzbundes, Deutsch, eine blutrünstige Rede hielt. Die Angelegenheit der Kreditanstalt ist noch immer nicht bereinigt worden. In einem Weihnachtsartikel erklärte Finanzminister Dr. Weidenhoffer die Kreditanstalt noch weiter als einen Gefahrenherd. Ueber die Auslieferung des schuldigen Direktors, Ehrenfest, der in Lissabon verhaftet wurde, steht die Entscheidung noch aus. Im Prozeß gegen den Heimwehrführer Pfrimer, der sich selbst gestellt hat und der seinen Putsch nur als „bewaffnete Erhebung“ bezeichnete, wurden die acht Angeklagten freigesprochen, was darauf schließen läßt, daß Pfrimer seinen Putsch nicht ohne Einverständnis mit Kreisen der jetzigen Regierung unternommen hatte. Die Zahl der Arbeitslosen betrug in Oesterreich Mitte Dezember 303 000.

U.S.A.

Im Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten wurde das Hoover-Festjahr mit 317 gegen 100 Stimmen angenommen und mit ähnlicher Mehrheit auch im Senat. Eine Streichung oder Herabsetzung der Kriegsschulden wurde dagegen abgelehnt. Zur Reparationsfrage erklärte Senator Borah, die Vereinigten Staaten sollten sich von Europa abwenden, solange die Reparationen kein Ende gefunden hätten und die Rüstungen der europäischen Staaten nicht mindestens um 30-40 Prozent herabgesetzt seien. Borah erklärte ferner, Deutschland habe an Reparationen schon mehr geleistet, als die Wiedergutmachung der durch den Krieg verursachten Schäden gekostet habe. Es habe 9,5 Milliarden Dollar gezahlt, von denen Frankreich 52 Prozent erhalten habe. Weitere Reparationszahlungen Deutschlands seien nicht mehr berechtigt. In einer Rundfunkrede machte der Vorsitzende des Finanzausschusses des Senats Mac Fadden den Vorschlag, England und Frankreich sollten ihre Kriegsschulden an die USA durch die Abtretung ihrer mittelamerikanischen Kolonien tilgen. Eine Beteiligung der USA an der geplanten internationalen Regierungskonferenz ist bisher nicht zu erwarten.

England.

In England muß die nationale Koalition praktisch als aufgelöst betrachtet werden. MacDonald soll die Gründung einer gegen die konservativen Hochschulzöllner gerichteten Nationalen Partei beabsichtigen. Die Wirtschaftskrise sucht man außer durch die Zollpolitik durch einen großen Feldzug mit der Losung „kauft britische Waren!“ zu beheben. Mit den Kolonien ist die Bildung eines allbritischen Wirtschaftsreiches geplant. In Indien hat die kommunistische Opposition des Kongresses während Gandhis

g. / Nr. 4
r!
chirme
7.90
Stockschirme
Ausführungen
mayer
ck 11
n 4218
5 S, p. Ltr.
dw. u. Norm.)
. 57 im Hof
ger Str. 40.
ICI
THE
AUS
Markt
Weiß- und
d. Berufs-
nachweis.
platz 5
str. 40
4037
Wredeplatz
Schmarinaden,
Delikatessen
haus
STECKE
Burgweg 10
marktplatz
(Arksiden)
rkstätte.
b. H.
l. 30241
Reckarstadt
Waldfhofstr. 6
Kassen
ernimmt in
ligst
ebau
31316
mann
Straße 7
Ausfüh-
schen
Erfolg.
ilder
Mitnehmern,
elten sofort gut
billig
HR, P. 2, 2
291 68

Abwesenheit die revolutionäre Organisation der Rothemden gebildet, die nach Moskauer Weisungen arbeitet und „das gegenrevolutionäre Credo des Quietismus Gandhis“ ablehnt. Die Rothemden erhalten starken Zulauf aus der Schicht der Varias, der „Unberührbaren“. Bei der Ankunft Gandhis in Bombay gingen diese Massen gegen dessen Anhänger gewalttätig vor und griffen auf die Polizei ein. Gandhi selbst hielt eine Ansprache und kündigte an, daß er bei den kommenden Kämpfen nicht mehr die bisherige Mäßigung zeigen werde. Noch schärfer sprachen die Kongreßführer Patel und Nehru. Patel sagte, Indien sei auf dem Wege der Revolution und Nehru propagierte den Steuerstreik. Nehru und andere Kongreßführer wurden verhaftet. In Nordindien haben bereits Zusammenstöße zwischen Rothemden und englischen Truppen stattgefunden und England hat Verstärkungen nach Indien geschickt. In Australien ist die Labour-Regierung Scullins gestürzt worden und zurückgetreten, die Opposition erhielt eine Mehrheit von 25 Stimmen. Die Regierung von Neufundland ist vom Staatsbankrott bedroht, da sie zu Beginn des neuen Jahres den Zinsendienst für eine Staatsanleihe von 90 Millionen Dollar nicht mehr aufbringen kann. Sie hatte vergeblich versucht, die Halbinsel Labrador für 20 Millionen Pfund an Canada zu verkaufen.

Frankreich.

In Frankreich wird im Hinblick auf die Abrüstungskonferenz ein neuer Lügenfeldzug über angebliche deutsche Rüstungen geführt. In der Senatskommission für Heeresfragen gab General Bourgeois „Entbillungen“ über angebliche deutsche Geheimrüstungen und Franklin Bouillon behauptete im Club „Duplay“, in Holland würden für Krupp und Thyssen 1200 schwere Geschütze hergestellt. Im „Matin“ schrieb der Senator Eccard, Deutschlands Militäraufgaben seien jetzt um 200 Prozent höher als vor dem Kriege und die Reichswehr gebe für ihre Rüstungen 10 Milliarden aus, von denen die Hälfte im Haushalt nicht angeführt seien. Weiter wurde die Nachricht verbreitet, die Kriegsindustrie Hollands, Schwedens und Dänemarks lebe von Aufträgen Deutschlands, das Geschütze und Munition jeder Art herstellen lasse. Der durchschnittliche Zweck dieser Lärtaren-Meldungen ist die Vorbereitung der Ablehnung der von den anderen Mächten für die kommende Konferenz gemachten Abrüstungsvorschläge. Zur Reparationsfrage erklärte Ministerpräsident Laval in einer Rede in La Chapelle „Frankreich wird niemals zulassen, daß der Youngplan zerrissen wird“. Es werde sich nicht damit einverstanden erklären, daß die Reparationen den Privatschulden geopfert würden. Der Finanzminister Flandin wurde ermächtigt, neue Einfuhrverbote zu erlassen. Die Volkszählung ergab, daß die Zahl der Fremden seit 1926 um 385 876 auf 2 890 923 gestiegen ist. In der glei-

chen Zeit wuchs die Gesamtbevölkerung um 1 091 026 Köpfe. Neuerdings hat Frankreich mit dem Problem der Arbeitslosigkeit zu rechnen, in Paris ist es sogar zu Arbeitslosenunruhen gekommen.

Italien.

In Italien macht sich infolge der Ablehnung einer Schuldenrevision durch die USA. jetzt eine Stimmung bemerkbar, die zu Zugeständnissen in der Reparationsfrage nur dann bereit ist, wenn Italien seine Kriegsschulden erlassen werden. Italien könne nicht auf mehr verzichten, als ihm seine Gläubiger nachlassen. Der Ministerpräsident Mussolini wurde durch den Tod seines Bruders Arnaldo, des Direktors des „Popolo d'Italia“, betroffen. Arnaldo Mussolini wurde mit außerordentlichen Ehren und unter wärmster Anteilnahme der Bevölkerung bestattet. Zum neuen Presseschef Mussolinis wurde an Stelle des zurückgetretenen Ferretti der Abgeordnete Polverelli ernannt. Die Zahl der Arbeitslosen betrug Ende November 878 267.

Ungarn.

In Ungarn gab der Vorsitzende der Sparkommission, Telezky ein Teilmoratorium gefordert und sich gegen eine Inflation und für eine Deflation ausgesprochen. Die BIZ. hat am 18. 12. den fälligen Kredit von 100 Millionen Franken auf 6 Monate prolongiert. Trotzdem aber mußte Ungarn ein Transfer-Moratorium erklären. Zu diesem Moratorium schrieb Graf Emerich Karolyi, es sei unmöglich, 850 Millionen (mit den öffentlichen Betrieben über 1200 Millionen) aus dem schwerkranken Wirtschaftskörper Ungarns herauszupressen bei einer Gesamtbruttoproduktion von nur noch 3-3 1/2 Milliarden. Infolge des Moratoriums verlieren die USA. nach den „New York Times“ an ihren in Ungarn investierten Kapitalien mehr als 12 Millionen Dollar. Während der Krise fand eine teilweise Neubefestigung der Ministerien statt. Das Volkswohlfahrtsministerium wurde vom Ministerpräsidenten Grafen Karolyi selbst übernommen, zum Finanzminister wurde Baron Koranyi ernannt, Unterrichtsminister Dr. Kara-

fiath. Der Minister der kleinen Landwirte Mager trat zurück. Zu den auf französisches Drängen unternommenen tschechischen Versuchen, eine tschechisch-ungarische Zollunion herzustellen, hat der frühere Ministerpräsident Graf Bethlen im „Nj Est“ erklärt, daß zuvor die zwischen beiden Ländern schwebenden politischen Fragen gelöst werden müßten.

Südslawien.

In Südslawien wurde am 14. 12. in Anwesenheit des Generals Zivkovich eine neue Einheitspartei gegründet, die Demokratisch-radikale-jugoslawische Agrarpartei (JRSJ.), die sich auf die Verfassung vom 3. 9. 31 festgelegt hat. Punkt 4 ihres Programms fordert ein starkes Heer. Bei Eröffnung der Skupstina kam es zu italienfeindlichen Äußerungen. Wie in Belgrad kam es auch in Agram zu Studentenunruhen, die von der Polizei niedergeschlagen wurden, worauf die Universität für 3 Tage geschlossen wurde. Das jugoslawische Königspaar hat wieder einmal eine Reise nach Paris angetreten. Es heißt, daß diese Reise einer Anleihe von 2 Milliarden Dinar aus den Mitteln des französischen Schatzamtes galt.

Rumänien.

Rumänien hat von Frankreich einen Kredit von 250 Millionen Franken gleich 1 Milliarde 600 Millionen Lei erhalten

auf 3 Monate mit dem Recht der Verlängerung auf weitere 6 Monate.

Spanien.

In Spanien ist die Verfassung nach langwierigen Verhandlungen beendet. Ueber das Eigentum enthält sie die Bestimmung, daß Enteignungen stattfinden können, „wenn es die Staatsraison verlangt“. Unter großer Prunkentfaltung trat der Ministerpräsident Zamorra sein Amt an. Die Spannung zwischen Madrid und Barcelona hat zum Rücktritt des Zivilgouverneurs von Barcelona und aller Räte des catalanischen Generalrates geführt. Der catalanische Präsident Macia hat sich durch seine Begünstigung der Syndikate und der Anarchisten isoliert und wird sich kaum noch lange an der Regierung halten können.

China.

In der Mandchurei dauert der japanische Vormarsch auf Tschintschau fort, der mit der Bekämpfung chinesischer Räuberbanden begründet wird. Auch an der Mukdener Front haben schwere Kämpfe stattgefunden. Die chinesische Regierung hat ein Eingreifen Amerikas erbeten, um die Kriegsgefahr im fernem Osten zu beenden. Marschall Tschangh-sue-liang hat alle chinesischen Truppen aus der Mandchurei hinter die große Mauer zurückgezogen. Zum chinesischen Staatspräsidenten wurde Lin Sen gewählt.

Faule Früchte der Notverordnungs-politik Neue Einnahmequellen gesucht. — Salzsteuer in Sicht

Berlin, 6. Jan. Die Frage der Deckung des Fehlbetrages im preussischen Haushalt der sich auf 167 Millionen Reichsmark beläuft, war am Mittwoch Gegenstand einer Aussprache des preussischen Finanzministers Dr. Klepper mit Reichskanzler Dr. Brüning. Da der Fehlbetrag durch weitere Einsparungen und Einnahmeerhöhungen in den einzelnen Verwaltungszweigen nicht gedeckt werden kann, ist es erforderlich, neue Einnahmequellen zu erschließen. Wie verlautet, ist in der Unterredung mit dem Reichskanzler die Einführung einer Salzsteuer er-möglicht worden, die vom Reich zu erheben

wäre und deren Aufkommen nach einem Schlüssel auf die einzelnen Länder zu Erhöhung ihrer Mittel verteilt werden könnte.

Ueber das Ergebnis, das die Unterredung zwischen Finanzminister und Reichskanzler gehabt hat, wird an zuständiger Stelle Stillschweigen bewahrt. Wenn Preußen durch das Reich nicht die notwendige Hilfe erlangt, so wird es sich genötigt sehen, von sich aus durch steuerliche Maßnahmen neue Mittel zu erschließen. In diesem Zusammenhang wird der Gedanke, eine Salzsteuer einzuführen, wieder aufgenommen.

Die Unmoral der Tribute

Stockholm, 6. Jan. Im „Svenska Dagbladet“ nimmt Professor Gustav Cassel Stellung zu der Frage „Tributzahlungen und Weltwirtschaft“. Frankreich habe die Wäseker Verhandlungen unter dem Leitfah begonnen, daß Deutschlands Zahlungsfähigkeit im Youngplan festgestellt sei, und deshalb nicht erörtert werden könne. Schon die geistige Einstellung eines solchen Leitfahes sei bezeichnend für die französische Demagogie. Cassel erinnert in diesem Zusammenhang an das französische Verlangen, die Schuld am Weltkrieg ein für allemal durch eine erzwungene Unterschrift festzustellen.

Abgesehen hiervon begehe Frankreich den großen Fehler, daß es Deutschlands Zahlungsfähigkeit als eine gegebene Größe hinstelle, was unrichtig und unehrerlich sei. Frankreich habe ja selbst anerkennen müssen, daß Deutschland im Augenblick zahlungsunfähig sei. Weiter habe Frankreich allerdings nicht leben wollen, sondern dann vielmehr behauptet, daß die Weltwirtschaftskrise bald zu Ende gehen müsse. Das sei aber eine durch und durch unmoralische Ansicht. Die ganze Tributpolitik müsse ihre innere Unmöglichkeit erkennen, wenn nachgewiesen werde, daß die Tributzahlungen tatsächlich an der Weltkrise schuld seien. Daher sei auch bei der Wäseker Konferenz ein zweifelloser von französischer Seite beeinflushtes Telegramm bemerkenswert, das die Konferenz auf den Grundsatz festlegen wollte, die Weltwirtschaftskrise und die Tributzahlungen hätten nichts miteinander zu tun.

Zwischen Weltwirtschaftskrise und Tributzahlungen bestehe aber nicht nur ein psychologischer Zusammenhang, sondern eine unmittelbar nachweisbare Kausalverbindung. Die Tributforderungen hätten die Goldstandards der Welt und den internationalen Handel ins Verderben gestürzt. Deutschland habe nämlich außer den Tributen die Zinsen der für frühere Tributzahlungen geliehenen zehn Milliarden Auslandsschulden zu zahlen. Hierfür sei ein gewaltiger Ausfuhrüberschuß nötig, den die Gläubigerstaaten jedoch nicht aufnehmen wollten. Die Vereinigten Staaten und Frankreich hätten schließlich so viel Gold an sich gerissen, daß in den übrigen Ländern eine Goldknappheit entstand und alle Preise fielen. Dadurch sei die Summe der Tribute und der übrigen Schulden noch weiter in die Höhe geschraubt worden. Aus diesen Gründen habe das internationale Goldstandardssystem zusammenbrechen müssen.

Der Sinn der Tribute: Deutschland am Boden zu halten

bedarf für den Monat Januar beträgt rund sechs Millionen Mark, gegenüber einem voraussichtlichen Eingang von 2,6 Millionen Mark. Wegen der Zahlung der Wohlfahrtsunterstützungen bestehen jedoch keine ernstlichen Befürchtungen.

Schmähschrift gegen Schlageter verboten

Berlin, 6. Jan. Die vom Verlag „Das andere Deutschland“ herausgegebene Schmähschrift: „Wer war Schlageter?“ ist, nach einer Meldung Berliner Blätter, vom Berliner Polizeipräsidenten für den Bereich des Freistaates Preußen polizeilich beschlagnahmt und verboten worden, weil ihr Inhalt die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet.

Es ging schon reichlich lange, bis dieser im Interesse der deutschen Ehre selbstverständliche Schritt getan wurde. Im übrigen aber wird man uns einen Zweifel daran gestatten, daß diese Beschlagnahme der Initiative des Berliner Polizeipräsidenten entspreng. Wir glauben vielmehr, daß es mehrerer Winke von oben bedurfte, bis sich der Berliner Polizeipräsident, selbst ein „Anderer“, an das „Andere Deutschland“ herantraute!

Paris, 6. Jan. „Eco de Paris“ vertritt der Berichterstatter Vertinay ganz offen den Grundsatz, der schon von jeder der amtlichen französischen Kreise beherzigt, ohne jedoch bisher klar ausgesprochen zu sein, daß es sich nämlich um die sogenannte Durchführung verbriefter und heiliger Rechte, noch um eine Lebensnotwendigkeit des französischen Volkes oder um eine Wiedergutmachung der durch den Krieg verursachten Schäden handelt, sondern einzig und allein um die Möglichkeit, Deutschland solange wie möglich am Boden zu halten, um einen ernstlichen Konkurrenten für Frankreich aususchalten. Wenn Deutschland von den Tributen befreit werde, so wird erklärt, dann werde es nach Ablauf der augenblicklichen Krise auf dem internationalen Markt unumstritten die Vorkemacht gewinnen. Außerdem werde es umso schneller an den zweiten Punkt seines Programmes, nämlich die ge-biets- und politischen Forderungen, herangehen, je eher es von der Last der Tribute befreit werde.

Mord an einer Hausangestellten. — Im Rhein ertränkt.

Waldshut, 6. Jan. Am letzten Samstag wurde im Rhein etwa 300 Meter oberhalb der Einmündung der Wutach eine weibliche Leiche aufgefunden. Sie war über die Kleider am Hals und um die Hüften mit einem Strick umschlungen, an dem ein eiserner Gewichtstein von etwa 50 Pfund befestigt war. Die Leiche war im Eise eingefroren. Nach den Feststellungen der Staatsanwaltschaft und nach Bestätigung der Angehörigen handelt es sich um die Leiche der seit dem 25. Oktober 1931 vermissten 24 Jahre alten Hausangestellten Lupberger, die seit November 1930 beim Sägewerksbesitzer Hilpert beschäftigt war. Die Staatsanwaltschaft Waldshut hat eine Belohnung von 300 Mark ausgesetzt für Angaben, die zur Ermittlung der oder des Täters führen können. Der Verdacht richtet sich gegen den Dienstknecht des Sägewerksbesitzers Hilpert, Beck, mit dem die Ermordete ein Verhältnis hatte.

Dortmund stottert Beamtenehälter ab.

Dortmund, 6. Jan. Am Mittwoch mit-tag begibt sich Bürgermeister Hirsch mit dem Finanzdezernenten Stadtrat Dr. Kaiser und dem Stadtverordnetenreferendar Henzler nach Berlin, um mit den zuständigen Stellen über Maßnahmen zur Behebung der Finanznot der Stadt Dortmund zu beraten.

Vor allem soll versucht werden, die drohende Gefahr weiterer Zechenstilllegungen, die der Stadt neue Lasten auferlegen würden, abzuwenden.

Den städtischen Beamten konnte am 2. Januar erst ein Sechstel des fälligen Monatsgehältes ausgezahlt werden. Wann das zweite Sechstel zur Auszahlung gelangt, ist noch ungewiß. Die bedrängte Finanzlage der Stadt ist vor allem auf die starke Steigerung der Wohlfahrtsunterstützungen zu-



rückzuführen. In den letzten Tagen sind der Stadt von der Regierung insgesamt 500 000 Mark überwiesen worden, die aber noch nicht einmal zur Deckung der allernotwendigsten Ausgaben ausreichen. Der Gesamt-

2. Jahrg.
Ge
Gefährlich
Dessau,
Dessau hat
ist aufs h
und Regu
abgeschnit
Stadtteil
fahr. S
geleht wor
Bei Dolln
Muld
Der D
gebrochen.
nische Rot
dabei, die
Dörfer Re
Ochfahr.
Wiederan
im
Rehl, 6
Bad A
Amtsgerich
Balzer
Verdacht f
gestorbenen
Frau hatte
andersehung
und war z
Kurze Zeit
Schmerzen.
Verdigung
und unterf
per feststell
seit zwei J
sch sehr un
verfallen n
An
Eloersbe
Verdacht, w
gibt in de
der Ermord
teiligt gew
weil bei d
bakter pen
Bedrohung
Schweini
des Gemein
1931). Geg
18. 12. 1931
des Haushal
verordnung
ordnung über
Haushaltspla
Rahgabe de
wird Einspre
kenhaus-Cred
des Ausbaus
für die Mod
meinderrat
schlag 1 zu
der Instanz
wurde vorg
15. Dezember
jeltige Eintr
mit Warmw
Gesamtanfwo
Zu außerord
nommene Kr
Arbeiten ge
stimmung o
Gemeinderat
allmendnatur
Abf. 2 20
§ 85, Abs. 3
raumt werde
Spargelbau
baugebietes
beseitigt sic
Wirkung von
kaufspreise
1,60 RM, S
RM, Kolsag
Bei Wohnab
sch die Prei
— Von der
des bodischer
der ab 1. 1.
meindarbeits
genommen. —
1932 werden
Landeskommi
1931 die Fü
selben betrag
Allerflebe
Verheiratete
Verheiratete
Verheiratete
Verheiratete
Verheiratete
Verheiratete
3m übrigen

Drei notleidende Bürgermeister sprechen zur Notverordnung

In der „Neuen Mannheimer Zeitung“ erschienen in der letzten Ausgabe des Jahres 1931 Äußerungen der drei Mannheimer Bürgermeister Dr. Walli, Richard Böttger und Wilhelm Bächner. Mit diesen Äußerungen wollen wir uns heute im Einzelnen befassen und ihnen unseren grundsätzlichen Standpunkt gegenüberstellen:

Nachdem Herr Dr. Walli eingangs erwähnt hatte, daß die Maßnahmen der Gemeinden im neuen Jahre durch die Notverordnungen maßgebend beeinflusst werden, kommt er zu der mehr als bemerkenswerten Feststellung, daß die Stadt Mannheim das Rechnungsjahr 1931/32 nicht ohne Fehlbetrag abschließen wird! Da eine nähere Begründung über die Entstehung eines Fehl-

betrages fehlt, uns aber gerade eine solche interessieren würde, wollen wir hier gleich einhaken und ihm wesentlichen den Nachweis führen, daß ein Fehlbetrag — dessen voraussichtliche Höhe ja noch schamhaft verschwiegen wird — leicht zu vermeiden gewesen wäre.

Jede neue Notverordnung brachte dem schaffenden Volk, dem kleinen Geschäftsmann, dem kleinen Beamten, kurzum der breiten Masse die Hauptbelastung, während die Leute, die über die Maßnahmen zur Bekämpfung der Notlage immer und immer wieder predigen, meistens so wenig betroffen wurden, daß es dringend an der Zeit ist, oben anzufangen.

zur Verschleierung der eigentlichen Ursachen unserer Lage bemüht.

Sparen am richtigen Ort.

Herr Bächner sind Sie mit uns nicht der gleichen Meinung, daß man mit — sagen wir einmal — 12 000 Mk. — auch schon ganz gut leben kann? Daß es nicht 20, 25,

Sackträger und vier Schweinerippchen

In Ihrem Ressort ließe sich so viel überflüssig hinausgeworfenes Geld einsparen, daß die Tarife der städtischen Werke nicht nur gesenkt, sondern beträchtlich gesenkt werden könnten und noch eine ganze Anzahl hungernder Volksgenossen Arbeit und Brot finden könnte.

Eine liebliche Blüte neudeutscher Auffassung fanden wir noch unter Ihren Ausführungen über die Tarife des Schlacht- und Viehhofes. Sie sagten dort unter Bezugnahme auf den Fleischkonsumrückgang: „Sackträger die früher bei 12-stündiger Arbeitszeit morgens und mittags je zwei, also 4 Vesper mit Schweinerippchen verzehrten, gibt es nicht mehr. Der Konsum würde sich aber sicher heben, wenn die Wirtschaften mit ihren Vesperpreisen zurückgehen würden“.

Dies ist eine eigenartige Auffassung, Herr Bächner, und sie verrät ein gutes Teil

ja 3. L. 30 000 Mk. sein müssen, um vor dem Hungertod gerettet zu sein? Sehen Sie, Sie müssen mit uns der gleichen Meinung sein, denn wären Sie es nicht, dann würde uns das Begreifen fehlen, daß Tausende und Aber-tausende unserer Volksgenossen mit einem winzigen Bruchteil solcher Bezüge ein ganzes Jahr leben müssen. Damit kommen wir auch schon wieder auf die eigentliche Ursache der Lage: Sie ist im wesentlichen darin zu finden, daß während Tausende und Aber-tausende unserer Volksgenossen buchstäblich am Hungertuche nagen, ein allesfressende Parteibuchbonzokratie Riesengehälter einsteckt und einzelne unter ihnen sogar betonen, daß sie billiger nicht arbeiten könnten.

Das ist die Ursache!

Oberflächlichkeit in der Beurteilung

der Lage. Oder glauben Sie, daß die Preise in den Wirtschaften so gehalten sind, daß sie noch weiter herabgesetzt werden könnten? Wir sind jedenfalls nicht der Meinung, sondern glauben, daß die meisten Wirte heute nicht mehr in der Lage sind, vom Verdienst ihre Pacht zu zahlen. Aber abgesehen davon, was haben die Tarife des Schlacht- und Viehhofes — die sich nebenbei bemerkt ebenfalls preisverteuernd auswirken — mit den Preisen in den Wirtschaften zu tun? Das ist uns, gelinde gesagt, etwas schleierhaft. Es könnte dies indirekt nur insofern etwas damit zu tun haben, als eben auch in der Frage der Tariffenkung des Schlacht- und Viehhofes die Frage der Höhe der Gehälter der leitenden Stellen eine nicht unwesentliche Rolle spielt. Bitte hier den Hebel ansetzen, das andere wird dann schon nachfolgen.

Ketsch.

Ein Vorschlag von uns

Herr Dr. Walli, wenn Sie davon reden, daß so schnell wie möglich gehandelt werden muß, da ab 1. Januar eine weitere Senkung der Löhne und Gehälter in Höhe von 10% eintrete, dann sind wir der Meinung, daß diese weitere notverordnete Senkung hauptsächlich wieder die kleinen Leute treffen wird. Wie sieht es aber mit Ihrem Gehalt und den Gehältern Ihrer Herren Kollegen aus? Würden diese nicht, trotz der bereits vorgenommenen geringen Kürzungen eine solche von 50% vertragen? Müßten Sie dann verhungern? Oder stehen Sie auch auf dem Standpunkt eines verflochtenen badi-schen Ministers, daß Sie so billig nicht arbeiten können? Und wie sieht es mit der Streichung Ihrer sonstigen Nebenbezüge — wir nennen nur die Namen Rheinhardt-bahngesellschaft, Oberrheinische Eisenbahngesellschaft, Mannheimer Flaschenmilchver-triedsgesellschaft und die Milchzentrale — aus?

Sie streifen in Ihren Ausführungen auch die Frage der Gebühren und Tariffenkungen und sprachen u. a. auch davon, daß es die Mannheimer Bevölkerung wohl mit Genugtuung vernehmen wird, daß der Milchpreis ab 1. Januar

um einen Pfennig ermäßigt wurde.

Wir können uns die Genugtuung über diese Ermäßigung gut vorstellen, Herr Dr. Walli! Die Erwerblosen werden sich fragen, ob die genannte Ermäßigung einer besonderen Erwähnung wert ist, nachdem doch feststeht, daß sie wohl wieder auf Kosten der Milchproduzenten, also des Bauern, erfolgt ist, sie aber nach der anderen Seite hin in weit stärkerem Maße in Erscheinung treten könnte, wenn die Riesengehälter, die an die leitenden Herren der Milchzentrale heute noch bezahlt werden, verschwinden würden. Dazu gehören natürlich auch alle Nebenbezüge, die an leitende Beamte der Stadt, wozu auch Sie gehören, bezahlt werden, sie haben in allererster Linie zu verschwinden. Wir können uns vorstellen, daß die Aufstellung und Erwähnung dieser Tatsachen Ihnen unangenehm sein müssen, wir stehen aber auf dem Standpunkt, daß wir uns danach nicht zu richten haben und nur bedacht sein müssen offensichtliche Ungerechtigkeiten an den Pranger zu stellen. Sie sehen also, daß es eine

an den Haaren herbeigezogene Begründung

darstellt, wenn Sie behaupten, daß eine weitere Senkung der Milchpreise infolge der Erhöhung der Umsatzsteuer, welche Ihrer Rechnung nach 8 bis 10 Pfennig ausmachen soll, nicht in Frage kommen kann.

Was über die Milchpreissenkung zu sagen war, ist auch im wesentlichen über die Straßenbahntarife zu sagen. Auch sie wären, selbst wenn eine Streichung der Beförderungsteuer nicht erfolgen würde, leicht zu senken, wenn man daran ginge, den Riesengehältern bei der Straßenbahn an den Kragen zu gehen. Aber auch hier ist bis heute so gut wie nichts geschehen und der Herr Generaldirektor der Straßenbahn verfügt auch heute noch, trotz der Notlage, über ca. Mk. 20 000 Gehalt.

Wenn man die Dinge von dieser Seite aus betrachtet, so bedeutet die von Ihnen angezogene Verlautbarung des Deutschen Städtetages, wonach der Herr Reichskommissar für Preisüberwachung nicht beabsichtigt, den Städten über Art und Form der Tariffenkungen Vorschriften zu machen, sondern ihnen freie Hand läßt, ein Schlag ins Gesicht der unter der Not leidenden Bevölkerung.

Es ist weiter sehr interessant zu hören, daß man in Mannheim immer noch

beabsichtigt

die Hypothekenzinsen bei der Sparkasse zu ermäßigen. Hoffentlich dauert das „beabsichtigen“ nicht so lange, bis vollends der letzte Rest von Eigentum von den überspannten Zinsen aufgefressen ist.

Dann noch eines. Sie geben zu, daß die Möglichkeit einer Erhöhung der Realsteuern zugunsten des „notleidenden“ Stadtsäckels besteht, betonen aber, daß der Stadtrat die Auffassung vertritt, daß man eine Erhöhung nicht vornehmen sollte. Diesmal sind wir ausnahmsweise gleicher Meinung mit dem Stadtrat, verhehlen aber keineswegs, daß wir starkes Mißtrauen gegenüber der ferneren Beibehaltung dieser Auffassung hegen.

Anschließend äußerte sich Bürgermeister Böttger über die öffentliche Wohlfahrts-pflege.

Herr Böttger und das grelle Licht

„Es ist nicht gut, allzuoft die Wohlfahrts-pflege ins grelle Licht der Öffentlichkeit zu ziehen“, so beginnt Herr Böttger und wir glauben ihm gerne, daß es ihm, dem hochbezahlten Doppelverdiener

keine angenehme Gefühle schafft, wenn er sich mit der Lage der Armuten der Armen beschäftigen muß. Aber nun kam er einmal nicht darum herum und wir wundern uns trotzdem, woher Herr Böttger den Mut hat darüber zu sprechen, ohne nicht selbst schamrot zu werden. Dazu gehört schon ziemlich viel Kaltblütigkeit, besonders wenn man in Betracht zieht, daß doch Herr Böttger unbedingt wissen muß, daß die heutige Notlage in allererster Linie darauf zurückzuführen ist, daß

seine Partei es war,

die durch ihren Erfüllungswahn unser arbeitssames und fleißiges Volk an den Rand des Abgrundes geführt hat. Wissen muß Herr Böttger, daß so lange es Leute gibt, die angesichts der ungeheuren Not auf dem Scheinbaren

Recht des „Nicht-opfern-müssens“

bestehen bleiben, diese ungeheure Not nicht überwunden werden kann. Es hat deshalb auch keinen Zweck auf die Einzelheiten seiner Ausführungen einzugehen, da die Mehrzahl

unserer Volksgenossen es am eigenen Leibe spürt, wohin wir treiben, aber, und das soll sich Herr Böttger bitte gut aufschreiben, es kommt der Tag, an dem der Nationalsozialismus die Rechnung aufmachen wird, der Tag an dem wir die Macht in den Händen haben werden und dann werden alle die verschwinden müssen, die nur für die Not ihrer Mitmenschen schöne Worte fanden aber keine eigenen Taten folgen ließen.

Die Ausführungen des Herrn Bürgermeisters Bächner bildeten nichts anderes als eine Umschreibung der Tatsache, daß an eine durchgreifende Senkung der Tarife der städtischen Werke nicht zu denken ist. Es tritt auch bei den Äußerungen Herrn Bächners in den Vordergrund, daß er die

Aussichtslosigkeit einer Preissenkung

mit der wirtschaftlichen Lage in Verbindung bringt. In dieser Beziehung sagte uns Herr Bächner absolut nichts neues, im Gegenteil, wir sind sogar der Meinung, daß Herr Bächner genau so, wie seine beiden vorbeprochenen Kollegen, wie die Kasse um den heißen Brei, so auch um den Kern der Dinge herumgeht. All das Larifari mit der Wirtschaftskrise und den Notverordnungen als Begründung ist bereits gedroschenes Stroh und wird

Jüdische Frechheiten und jüdische „Wohltätigkeit“

Ein jüdisches Prachtexemplar, das auch hier in Schwellingen nicht ganz unbekannt ist, beherbergt unser Nachbarort Ketsch. Jonas Kaufmann ist sein Name. Bereits im Jahre 1920 fiel dieser reinrassige Abkömmling vom Stamme Sam dadurch auf, daß er in einer öffentlichen Versammlung des deutschvölkischen Schutz und Truhbundes die deutschen Frontsoldaten mit den Ausdrücken „Deutsche Hunde“, „Schweinehunde“ und „Schweine“ titulierte. Wahrlich ein starkes Stück, das mit roten Lettern in die Geschichte des Freiheitskampfes des Bezirkes Schwellingen eingetragen wurde, um dann Sühne zu finden, wenn einmal das Hakenkreuzbanner über Deutschland weht. 100 RM. Geldstrafe, die das Landgericht mit Urteil vom 26. 10. 1921 gegen diesen unverschämten Juden verhängte, waren keine Sühne für diese schmutzige Tat. Unbegreiflich ist nun, daß dieser jüdische Hezer immer noch Mitglied des Schwelinger „Niederkranz“ sein soll. Dagegen müßten doch alle deutsch denkenden Mitglieder Front machen.

In der letzten Zeit macht nun Herr Jonas Kaufmann wieder von sich reden! Vor einigen Wochen schlug er anlässlich einer Pfändung, — über die Geldangelegenheiten dieses Juden werden wir demnächst einmal Interessantes berichten — dem zuständigen Gerichtsvollzieher den Telefonhörer dermaßen auf den Kopf, daß der Beamte, an einer starken Kopfwunde blutend, zusammenbrach und von Glück sagen kann, daß er heute noch lebt. Voll arbeitsfähig scheint der Gerichtsvollzieher bis heute, also nach Wochen, noch nicht zu sein, da man ihm sonst sicherlich keinen längeren Erholungsurlaub bewilligt hätte.

Oder will man Gras über die Angelegenheit wachsen lassen? Denn, — „an höre und staune! — bis heute ist der Jude Jonas Kaufmann weder verhaftet noch vernommen worden, weil ihn sein Hausarzt der Jude Dr. Stern vernehmungs-unfähig schreibt! Man stelle sich vor, was passierte, wenn ein Deutscher einen Gerichtsvollzieher blutig geschlagen hätte! Vorläufig scheint die jüdische Rasse noch ein „Ausnahmerecht“ in Deutschland zu haben! — Bis auf den Tag! —

Wir erlauben uns die Anfrage an die zuständige Stelle:

Warum hat man den Juden Kaufmann nicht sofort festgesetzt? Warum

ist die Behörde in diesem Falle so besonders rücksichtsvoll?

Wir werden auf jeden Fall den Lauf der Dinge mit Interesse weiterverfolgen! In diesem Zusammenhang sei auch noch ein „Hilfswerk“ genannt, das besonders in Mehrgereckreisen größtes Erstaunen hervorgerufen hat. Die jüdische Mehrgerei Stein, Schwellingen gibt wöchentlich, Mittwochs, über 200 Essen an Wohlfahrtsempfänger unentgeltlich ab. Wir gönnen jedem Arbeitslosen recht gerne sein wöchentliches Gratisessen und jegliche Hilfsbereitschaft ist in der heutigen Notzeit zu begrüßen. Aber wenn man weiß, daß es für einen Einzelnen, — sämtliche Mehger von Schwellingen werden das wohl bestätigen, — finanziell vollständig unmöglich ist, eine solche Speisung durchzuführen, so fragt man sich unwillkürlich, wer steckt dahinter, und was bezweckt die Sache? Wenn man dann weiß, daß die Speisung das Werk jüdischer Kreise ist, die auch gegenüber den Marifisten aller Färbungen sehr freigebig sind, so begreift man schon ein wenig besser. Wir sind überzeugt, wenn die Juden mit Speisungen der Nationalsozialismus niederkämpfen könnten, daß schon morgen in ganz Deutschland sämtliche Arbeitslosen mit Gratisuppen bedacht würden, und zwar mit dem Geld, das der Jude aus dem ehrlichen und anständigen deutschen Volksgenossen herausgepreßt hat.

Gründung der Ortsgruppe Athen der NSDAP.

Kurz vor Weihnachten wurde auf eine Einladung in das griechische Restaurant „Hellas“ — da der deutsche Klub „Philadelphia“ es abgelehnt hatte, ein Zimmer für eine geschlossene Zusammenkunft reichsdeutscher Herren betreffs einer nationalen Aussprache zur Verfügung zu stellen! — die Gründungsversammlung der „Ortsgruppe Athen“ der NSDAP. abgehalten.

Nach vorchriftsmäßiger Anmeldung der Mitglieder wurde dann die Ortsgruppe offiziell gegründet und auf Vorschlag der Versammelten an Adolf Hitler ein Grußgramm abgedruckt.

Die Wahrheit ist das Bezugsgeld wert

Bezirk Wertheim marschiert!

Das Hafentkreuz überm Main-Tauber-Ed

Der notverordnete „Weihnachtsfrieden“ hat sein Ende erreicht. Der Großkampf hat wieder auf der ganzen Linie begonnen.

Wir können aber auch auf ein Jahr gigantischen Kampfes und herrlichster Siege zurückblicken, im Gegensatz zu den Andern, denen das nun verfloßene Jahr Niederlage auf Niederlage brachte und die immer mehr und mehr in eine Ecke hineinmandriert wurden.

Das auch für uns, die wir in der nördlichsten Ecke Badens für die innere und äußere Befreiung unseres Volkes kämpfen, das Jahr 1931 ein Jahr rastlosen Kampfes und zugleich ein Jahr stolzen Sieges war, bewies am eindeutigen die Bezirksmitgliederversammlung am letzten Sonntag, den 3. Januar,

die zu einer gewaltigen Treuekundgebung zu Fahnen und Fahne wurde.

Vor der eigentlichen Mitgliederversammlung fand eine Besprechung der Amtsoverwalter des Bezirkes statt, in der das Kampfprogramm der kommenden Wochen festgelegt wurde.

Als erster Redner sprach Pg. Bezirksrat E. Fr. Fiederling-Höfelde über

Deutscher Junge! Du gehörst in die Hitler-Jugend!

„Landwirtschaft“. Die von großer Sachkenntnis getragenen Ausführungen erregten allgemeines Interesse und fanden reichen Beifall.

Dann sprach Pg. Bezirksrat Ullmer-Reicholzheim über „Marxismus“. Seine vortrefflichen Ausführungen über die Entstehung des Marxismus, über die soziale Frage und über die bevorstehenden großen politischen Ereignisse wurden mit starkem Beifall aufgenommen.

Im Mittelpunkt der Tagung stand eine in jeder Beziehung hervorragende Rede von Pg. Professor Dr. G. Heibelberg über „Nationalsozialismus“. Pg. Professor Dr. G. Heibelberg, der bekanntlich erst vor kurzem in der noch in aller Erinnerung lebenden Weihnachtsfeier der Ortsgruppe Wertheim

sprach, fesselte wieder durch seine tiefgründigen Worte alle anwesenden Parteigenossen, die ihm am Ende seiner Rede durch spontanen Beifall dankten. Der schönste Dank wird aber für unseren Pg. Prof. Dr. G. Heibelberg die Gewißheit sein,

daß seine Saat auf fruchtbaren Boden gefallen ist und hundertfältige Früchte fragen wird.

Dann richtete unser hochverdienter Bezirksleiter, Pg. Dr. Hermann Schmidt-Hosloch, einige kurze Worte an die versammelten Parteigenossen. Pg. Bezirksrat

Die studentische Jugend bei uns 150 Prozent Zunahme in vier Wochen

Stuttgart, 31. Dez. Die ersten Monate des Wintersemesters standen bei uns im Zeichen einer sehr starken Werbe- und Versammlungstätigkeit.

An der Hochschule werden uns vom Rektorat alle nur erdenklichen Schwierigkeiten in den Weg gelegt: Im braunen Ehrenkleid darf sich keiner sehen lassen, Flugblätter dürfen in der Hochschule nicht verteilt werden, unsere Plakate an unserem schwarzen Brett dürfen nicht zu groß sein und es darf kein Rot darin vorkommen.

Wie wenig alle diese Mittelchen nützen, zeigt unser Erfolg. Der Mitgliederstand vermehrte sich von 88 zu Beginn des Semesters auf 195 zu Beginn der Weihnachtsferien. Es gelang uns, an der staatlichen Kunstgewerbeschule, der staatl. Bauerschule und am Technikum in Reutlingen Sektionen zu gründen.

Mit größter Ebnugung können wir feststellen, daß auch die lebendigsten und im besten Sinne deutschen Teile der Dozenten-schaft langsam erkennen, daß sie sich der Volksbewegung Adolf Hitlers nicht fernhalten dürfen. Wir begrüßen zwei schon als Parteigenossen und einige andere, mit Namen von Klang, stehen uns sehr nahe und sind auch bereit, uns in unserem Kampfe zu unterstützen.

An unserer Hochschule zeigt sich auch sehr deutlich das wahre Gesicht des Volksweltums. Einige männliche und weibliche Ver-

treter des auserwählten Volkes haben sich unter der Firma „Rose Studenten“ organisiert. Diesem Phantom laufen leider auch einige „intellektuelle“ Nichtjuden nach, welche im Kommunismus eine salonsfähige Mode-

Unter obiger Ueberschrift beschäftigt sich der Vorstehende der badischen Zentrumsparlei Dr. Föhr im „Neuen Mannheimer Volksblatt“ vom 4. d. Mts. und in den übrigen schwarzen Presse-

Unter obiger Ueberschrift beschäftigt sich der Vorstehende der badischen Zentrumsparlei Dr. Föhr im „Neuen Mannheimer Volksblatt“ vom 4. d. Mts. und in den übrigen schwarzen Presse-

Das Jahr 1932 findet uns gerüstet! Phylax.

„Selbstbesinnung?“

Unter obiger Ueberschrift beschäftigt sich der Vorstehende der badischen Zentrumsparlei Dr. Föhr im „Neuen Mannheimer Volksblatt“ vom 4. d. Mts. und in den übrigen schwarzen Presse-

Unter obiger Ueberschrift beschäftigt sich der Vorstehende der badischen Zentrumsparlei Dr. Föhr im „Neuen Mannheimer Volksblatt“ vom 4. d. Mts. und in den übrigen schwarzen Presse-

Unter obiger Ueberschrift beschäftigt sich der Vorstehende der badischen Zentrumsparlei Dr. Föhr im „Neuen Mannheimer Volksblatt“ vom 4. d. Mts. und in den übrigen schwarzen Presse-

Unter obiger Ueberschrift beschäftigt sich der Vorstehende der badischen Zentrumsparlei Dr. Föhr im „Neuen Mannheimer Volksblatt“ vom 4. d. Mts. und in den übrigen schwarzen Presse-

Unter obiger Ueberschrift beschäftigt sich der Vorstehende der badischen Zentrumsparlei Dr. Föhr im „Neuen Mannheimer Volksblatt“ vom 4. d. Mts. und in den übrigen schwarzen Presse-

sache sehen. Es wird unsere Aufgabe sein, dafür zu sorgen, daß dem deutschen Arbeiter über diesen Kummel die Augen aufgehen.

Die „pansubrepublikanischen Studenten“ sind scheinbar sanft ent schlafen.

Unser größter Erfolg war unsere letzte öffentliche Versammlung am 10. Dezember.

Der Abend stand im Zeichen einer mächtigen Kundgebung gegen die Kriegsschuld-lage, zu der wir als Redner den bekannten britischen Hauptmann a. D. Vivian Stranders gewonnen hatten. Der Saal war stark überfüllt, und wir sahen manches neue Ge-sicht.

Unsere Arbeit in der kommenden zweiten Hälfte des Semesters gilt der inneren Festigung der geschaffenen großen Organisation. Eingeleitet wurde diese Arbeit durch ein ausgezeichnetes Referat unseres Kameraden Schwarzenberger über die Judenfrage. Wir haben für die verschiedenen wichtigsten Gebiete Arbeitsgemeinschaften gebildet, und deren Ergebnisse sollen, zusammengefaßt durch kürzere Vorträge, allen mitgeteilt werden, damit jeder Kamerad ein vollwertiger Meldereiter der Idee unseres Führers werde und Deutschland erwecke!

Herr Föhr, nennen Sie das, das Elend auf sozialem Gebiet gemindert, wenn man den Armen ihre mehr als kümmerliche Unterstützung kürzt, wenn man den Kriegsskandern ihre durch ihr Blut erhauchten paar Pfennige noch mehr schmälert, sodas diese Menschen im wahren Sinne des Wortes am Hungertuche nagen? Herr Föhr, eine Großtat der Regierung wäre es, wenn man den wirklichen Schmarotzern am deutschen Volkshörper zu Leibe rücken würde und nicht der breiten Volksmasse, der Herr Wirth die „Hand niederschlagen“ wollte, falls sie sich erheben würde. Es ist eine Verhöhnung des ganzen Volkes, wenn ein Parteiführer von einer

„Meisterung“ des Massenelends spricht. Den Vogel schießt Herr Föhr auf un-

„Meisterung“ des Massenelends spricht. Den Vogel schießt Herr Föhr auf un-



Copyright 1930 by Gerhard Stalling A.-G., Oldenburg i. O.

4. Fortsetzung.

„Abwarten, denke ich! Wir haben weder mit Mexiko, noch mit den USA. Differenzen.“

„Glauben Sie, daß es sich um einen der gewöhnlichen Zwischenfälle handelt?“

Stolz machte eine abwehrende Handbewegung.

„Nein! Das glaube ich nicht! Ich habe hier ja schon einiges mitgemacht und kann urteilen. Die Sache ist diesmal ernst. Sehr ernst! Nach meinen Berichten ist die Lage im Delgebiet außerordentlich kritisch. Darüber habe ich ja schon vor Monaten berichtet. Die Ermordung von Davis und Nord ist nur die Folge zahlloser amerikanischer Uebergriffe. Es ist nicht zu leugnen, daß die amerikanische Delpresse seit Jahren die Annektierung des Delgebietes verlangt. Ob aber der Konflikt von den Staaten jetzt tatsächlich herbeigeführt wurde, ist schwer nachzuweisen. Jedenfalls dürfte die Union nicht unvorbereitet sein. Ich selbst glaube, ...“

Stimmengewirr im Raum, Säusen. Dann wird es plötzlich still. Das Bild auf der Scheibe ist ausgelöscht.

„Verbindung aus!“ meldet Cluse.

„Was ist los?“ fragt Wessel unten an.

„Mexikanische Station wird von drei Seiten angefunkelt! Wahrscheinlich wieder die Station auf Jamaika, die uns ausschaltet.“ sagt Cluse wütend.

Geplant blicken Wessel und Berg auf die Scheibe. Sie wissen, daß alles geschieht, um den Empfang wiederherzustellen. In der letzten Zeit hatte sich eine neue Station unangenehm bemerkbar gemacht. Cluse hatte sie einige Male angepöbelt und als die neue amerikanische Marine-Großstation auf Jamaika festgestellt. Seitdem fährt er einen Störungs-wellenkampf gegen sie.

Jetzt zucken Schatten über das matte Glas und plötzlich sieht man wieder Stolz. Aber nun sieht er nicht mehr am Schreibtisch — er steht, und man merkt deutlich, daß er sich in großer Erregung befindet. „Sehe fort!“ sagt er nur.

Er atmet schwer, und es dauert einige Sekunden, ehe er weiter spricht.

„Die Stadt ist in Aufruhr. Die Forderungen der Staaten sind allgemein bekannt geworden. Das Volk ist nicht zu halten. Im Delgebiet zählt man jetzt schon an die hundert tote Amerikaner, und viele Hunderte sind verwundet. Es kommt zu regelrechten Gefechten bei den Delcamps, die von den Amerikanern, wie sich jetzt herausstellt, zur Verteidigung eingerichtet sind, und zwar ziemlich gut, denn es treten auch Maschinengewehre in Aktion. Die Verluste der Mexikaner, es handelt sich nicht um reguläre Truppen, sondern meist um Banden, um In-

do, sind außerordentlich schwer. Einige Camps sind von den Angreifern umzingelt. Bohrtürme und Verwaltungsgebäude sind an mehreren Stellen in Brand gesteckt. Die Aufständischen verschonen merkwürdigerweise die englischen Camps vollständig, ihre Wut richtet sich nur gegen Amerika. Trotzdem sind unter den Toten auch Engländer. Es ist ...“ Die Tür seines Arbeitszimmers wird aufgerissen und Legationsrat Rost stürzt zum Schreibtisch. Man sieht, wie Dr. Stolz die Hände wie abwehrend vor sein Gesicht hält. Stockend und erregt klingt jetzt seine Stimme:

„Meldung unserer Gesandtschaft in Washington kommt eben durch. Mexikanischer Gesandter Pedro Vida in Washington wurde vor dem Weißen Hause von einem Amerikaner erschossen. Die Staaten haben der mexikanischen Regierung gefunkt, daß sich die Union jede Entscheidung vorbehalten. Man faßt dies hier als Kriegsdrohung auf. Es laufen bereits Gerüchte um, amerikanische Truppen seien angewiesen, die Grenze zu überschreiten. Ein Luftgeschwader soll angeblich Nagalis mit Brandbomben belegt haben ... wir müssen Bestätigung dieser Nachrichten abwarten ... vorläufig glaube ich nicht daran ... Ich bitte mich jetzt zu entschuldigen, wir haben tausende Landsleute im Delgebiet ...“

Wessel antwortet ruhig, fast gelassen: „Ja, danke Ihnen, Stolz! Halten Sie uns weiter auf dem Laufenden. Vermeiden Sie peinlich nach einer Seite hin als parteiisch zu erscheinen.“

Er grüßte mit der Hand.

„Gespräch mit Oka — null — sechs — zwei beendet!“ ruft Dr. Berg den Funkraum an, und Jost spricht in den Sender:

„Oka — de — be — zwei a — drei be — strich null!“

„Auswärtiges Berlin schließt!“

„Strich — oht — null vier!“

„Verstanden, Gesandtschaft Mexiko!“ Wessel und Berg sehen sich wortlos in die Augen.

Langsam nimmt der Staatssekretär das Konzept der Neujahrsrede vom Tisch. Und liest:

„Die Regierung des Deutschen Reiches, unablässig bestrebt, das kostbarste Gut der Menschheit, den Frieden zu bewahren, ist glücklich, feststellen zu können, daß bis auf kleinere Vorfälle, die sie allerdings lebhaft bedauert, der Weltfriede auch im abgelaufenen Jahre nicht ernstlich gestört wurde.“

Die Regierung des Deutschen Reiches gibt sich der Hoffnung hin und glaubt sich darin mit den hohen Regierungen, die Sie, meine Herren, vertreten, eines Sinnes, wenn sie annimmt, daß das aufrichtige Bestreben aller, ernster als je zuvor, sein muß, zwischen den Völkern endlich jene Gegenläufe zu beseitigen, die seit dem Ende des unseligen Weltkrieges den Weg zu jener wahren, echten Gemeinschaft der Völker verbauen, welche das Deutsche Reich mit ehrlichem Willen und unter Aufschnehen und Ertragung schwerster Lasten seit nunmehr 20 Jahren erstrebt.“

(Fortsetzung folgt.)

2. Jahrg. / Nr. 5 Eine Gro Bea henpolitischen folgendes: „Und D. Schrift vermoratet Wer hätte tel Jahre erreicht m politischem im verga erzielt ... vergangen tiven Ge können. samtrichtu wa er r belt des seinem K Herr E kennen Sie Reichskanzler lange erfüllte sehe, daß un zahlen könne land wurde roten Pa lafrophe West einsehe Kraft sind. dann mir viel Luft noch lebe mehr. Das folg Bränning Taktik Amer ner Industrie und nichts a doch auch, da mehr dem V eine Aüge, a Mehrheit des das Vertrauen ning hat noch beit — aber durch allerlei Seite gebracht ning konstan Neuwahlen a gesamte Jent wären, die F haben? Wo Herr Föhr, b allergrößten k Und nun ger, was Her zu erzählen w du noch einer ein Taschenre baßt) damit tränen trocken Bamm Aber nu Zum Bü Troh D meister auf Einführung ist die Gem Ende ihrer wir Nation ausfragten, i Samstag w mehr möglic Bargeld aus oberhaupt n notverordne Notgeld in f Wir fro Hat der He Hauptstreff antwortlich für ist: Dr. W. B. Wirtschaft, B. Seeger-Kel hales, Bewegu Ueberle. — Für Oht (Mannhei Oht in Mann Heibelberg.

Eine nie wieder kehrende Kaufgelegenheit ist unser diesjähriger **Innenbau-Überraschung!**

Größte Auswahl am Platze!
Beachten Sie unsere Schaufenster!



Überraschung!
Konfusionsbau
Heidelberg Hauptstraße 20 Neugasse 5

henpolitischem Gebiet ab. Er schreibt hierzu folgendes:

„Und erzielte es (das Kabinett Brüning, D. Schriftst.) außenpolitisch mit dem Hoovermoratorium nicht einen Misserfolg? Wer hätte geglaubt, daß dieses Ziel fünfviertel Jahre nach Annahme des Youngplanes erreicht werden könnte? Gerade auf außenpolitischem Gebiet hat das Kabinett Brüning im vergangenen Jahre ungeheure Erfolge erzielt... Die außenpolitischen Erfolge des vergangenen Jahres werden von der objektiven Geschichte niemals bestritten werden können. Ist also dieser Weg, von der Gesamtstrategie aus gesehen, falsch gewesen, oder war er richtig? Mit Recht hat die Mehrheit des deutschen Volkes dem Kanzler und seinem Kabinett das Vertrauen geschenkt.“

Herr Föhr, welches Ziel meinen Sie? Bekennen Sie sich hiermit zu den Worten des Reichskanzlers, daß Deutschland unbedingt solange erfüllen müsse, bis das Ausland es einsehe, daß unser tyrannisiertes Volk nicht mehr zahlen könne? Mit anderen Worten, Deutschland wurde bewußt von den schwarzen Parteien in die heutige Katastrophe hineingeführt, nur damit die Welt einsehen möge, daß wir am Ende unserer Kraft sind. Und dann —? Herr Föhr — dann wird man uns immer nur so viel Luft lassen, daß wir gerade noch leben können, aber ja nicht mehr. Das Hoovermoratorium war kein Erfolg Brünings, sondern eine geschickte politische Taktik Amerikas, das seinen Farmern und seiner Industrie wieder auf die Beine helfen wollte und nichts anderes! Herr Föhr, Sie glauben doch auch, daß der heutige Reichstag keineswegs mehr dem Volkswillen entspricht? Es ist daher eine Lüge, wenn Sie davon sprechen, daß die Mehrheit des deutschen Volkes der Regierung das Vertrauen ausgesprochen habe. Herr Brüning hat noch einmal die parlamentarische Mehrheit — aber nicht die Mehrheit des Volkes —, durch allerlei geschickte Schwachzüge auf seine Seite gebracht. Warum weigert sich Herr Brüning konstant, den Reichstag aufzulösen und Neuwahlen auszusprechen, wenn er, sowie das gesamte Zentrum tatsächlich davon überzeugt wären, die Mehrheit des Volkes hinter sich zu haben? Wo bleibt die Probe aufs Exempel? Herr Föhr, heißt es bei Ihnen auch: „Nur die allergrößten Käber wählen ihre Meher selber?“

Und nun vernehme lieber badischer Mitbürger, was Herr Föhr über die badische Politik zu erzählen weiß. Setze dich aber vorher, soweit du noch einen Stuhl zum Sitzen hast, und halte ein Taschentuch bereit (soweit du noch eines hast!) damit du deine Freuden- oder Sorgen-tränen trocken kannst:

„Finanzpolitisch gerieten im vergangenen Jahre die Länder in Schwierigkeiten... Man schrie ins Land hinaus: Bankrotte Finanzen des Landes Baden, Miswirtschaft, der vom Zentrum gestellte Finanzminister hat versagt, und wie die lebenswichtigen Redewendungen alle gelautet haben... In der Zwischenzeit ist es in diesem Lager der Kritik sehr still geworden. Es ist bewiesen worden, daß die Finanzen unseres Landes nicht bankrott sind, daß im Gegenteil die Finanzen gesund sind und die badische Regierung sie nur nicht zerrütten ließ... Wenn der badische Beamte „vorübergehend“ Sonderopfer tragen mußte, so mag er wohl heute mit Genugtuung wenigstens feststellen, daß diese Opfer nicht vergebens gewesen sind, daß damit das finanzielle Fundament des badischen Staates, seines Arbeitgebers, wiederum gesichert wurde.“

Große Freude ist uns durch Herrn Dr. Föhr geworden!

„Die badischen Finanzen sind gesund!“ — aber der badische Staatsbürger ist bankrott und am verhungern! Mannheim, die lebendige Stadt ist tot und Heidelberg „die Feine“ ist befiig lädiert — der Geschäftsmann ist pleite und der Bauer bekommt das letzte Stück Vieh aus dem Stall geholt — aber die badischen Finanzen sind gesund!!! Herr Mattes hat vor Monaten schon feststellen müssen, daß der badische Etat „nur“ mit einigen Millionen im Hintertreffen bleiben wird. (Allerdings ohne die Millionenverschuldungen zu berücksichtigen!) Und auch in seinen Neujahrsvorlesungen prophezeit er weitergehende Defizitwirtschaft. Wir erlauben uns der Meinung zu sein, daß die Wirtschaft durch die neudeutsche „Wirtschaftsankurbelung“ weiter vorzueilen, die Steuererlöse weiter zurückgehen werden. Der Haushalt muß dann eben wieder „sanier“ werden, der Beamte bekommt aufs neue seinen Gehalt gekürzt, Schmutzgeld wird er auch diese Gehaltskürzung einstecken, denn er hat ja die Freude, daß wenigstens der badische Staatsetat ausgeglichen ist und er weiter beschäftigt werden kann. Dieser Kreislauf wird solange weitergehen, bis... (Achtung Rotverordnung!)

Wegen Schluß verzieht sich Herr Föhr noch zu folgendem Satz:

„Unbeschadet der Kritik an Einzelheiten hat sich so die Politik der Zentrumspartei in Reich und Land erfolgreich gezeigt. Daher wird sie auch im neuen Jahre fortgesetzt werden müssen.“

Dieser Satz besagt alles! Es soll weiter „Not“ verordnet werden, das schaffende Volk wird neue Lasten tragen müssen, Bank- und Börsenschieber, Inflationsgewinnler usw. werden nicht angefaßt, die hohen Ministergehälter und Pensionen sind „gesetzlich geschützt“, die Finanzen werden „sanier“ und das Volk geht pleite! Deutschland erwoche!

M-Föhr.

werden. Besonderes Interesse verdienen in erster Linie die Begegnungen mit den hervorragenden Berufsspieler-Mannschaften aus Wien und Budapest, denen man am kommenden Sonntag als sicherlich schwerste Prüfung eine Städte-mannschaft gegenüberstellen wird. So trifft Admira Wien in Nürnberg auf eine Städte-mannschaft, ebenso die Austria in Karlsruhe, während der WAC in München gegen eine Kombination Bayern/1860 einen nicht minder schweren Stand haben wird. Nach den glänzenden Leistungen der Mannheimer Kombination

WAC/Waldhof gegen den FC Budapest darf man dem Abschneiden der Mannheimer Stadtmannschaft gegen die von Stuttgart kommende Budapest Stadtmannschaft mit besonderem Interesse entgegensehen. Ein weiteres internationales Städte-spiel findet in Freiburg zwischen Freiburg und Basel statt. Außerdem verdienen noch die Stadttreffen Pforzheim-Mannheim, Mainz gegen Ludwigschafen, Ulm — Augsburg, Stuttgart-West — Stuttgart-Ost u. a. m. Erwähnung. Bereits am Samstag gastiert die Wiener Austria bei Germania Böhmingen.



Sämtliche unter dieser Rubrik erscheinenden Bekanntmachungen müssen bei der Bezirks-Organisationsabteilung eingereicht werden. Annahmefrist jeweils 16 Uhr. Diese Anordnung gilt für alle Unterorganisationen der Ortsgruppe Mannheim sowie für sämtliche Ortsgruppenleiter des Bezirks Mannheim.

ORTSGRUPPE HEIDELBERG.

Sektion Alt- und Mittelfuß.
Donnerstag, den 7. Januar, abends 8.30 Uhr öffentliche Versammlung im großen Saal der Harmonie.
Redner: Pg. Köhler, M. d. L., Mannheim.

Sektion West.
Am 9. 1. 32 findet in Frankes Wein-stube abends 8.30 Uhr eine Job-Sitzung statt. Pünktliches und vollzähliges Erscheinen der Job-Leute ist Pflicht.
Die Sektionsleitung.

Bezirk Mosbach.
Am Sonntag, den 10. Januar 1932 findet vormittags 9 Uhr im Cäcilienbad in Mosbach eine Bezirksversammlung statt. Alle Ortsgruppen- und Stützpunktführer müssen hierzu erscheinen.
Am Sonntag, den 10. Januar 1932 findet abends 8 Uhr in der „Linde“ in Oberdiesbach eine Generalmitgliederversammlung für die Parteigenossen des Winterhauses statt. Ich erwarte, daß alle Parteigenossen von Oberdiesbach, Waldkayenbach, Strampfelbrunn, Mälden, Weissbach und Schollbrunn vollzählig anwesend sind. Parteilauseweise sind mitzubringen.

Bei Meldungen zur Hitler-Jugend Eich-tersheim und Umgebung wolle man sich an: Pg. Wig. Fr. Kullmann, Eichlersheim, wenden.
Anmeldungen werden vorläufig bis 15. Januar entgegengenommen.

Januar-Offensive im Bezirk Wertheim.
Es sprechen in:
Sonderriet
Samstag, 9. Januar abends. Redner: Pg. Herrmann-Unterschäp.
Sachsenhausen
Sonntag, 10. Januar mittags. Redner: Pg. Herrmann-Unterschäp.
Vockenrot
Sonntag, 10. Januar abends. Redner: Pg. Herrmann-Unterschäp.

Wertheim
Samstag, 16. Januar abends. Spiel-schar Eberbach.
Reicholzheim
Sonntag, 17. Januar mittags. Spiel-schar Eberbach.

Hundheim
Samstag, 23. Januar abends. Redner: Pg. Jochim-Mosbach.
Steinbach
Sonntag, 24. Januar mittags. Redner: Pg. Jochim-Mosbach.

Steinfurt
Sonntag, 24. Januar abends. Redner: Pg. Jochim-Mosbach.

Raffig
Samstag, 30. Januar abends. Redner: Pg. Marschall v. Bieberstein, M. d. L.

Hörsfeld
Sonntag, 31. Januar mittags. Redner: Pg. Marschall v. Bieberstein, M. d. L.

Niklashausen
Sonntag, 31. Januar abends. Redner: Pg. Marschall v. Bieberstein, M. d. L.

Einlebach
Samstag, 6. Februar abends. Redner: Pg. Albert Roth, M. d. L.

Rülsheim
Sonntag, 6. Februar mittags. Redner: Pg. Albert Roth, M. d. L.

Reicholzheim
Sonntag, 6. Februar abends. Redner: Pg. Albert Roth, M. d. L.

NSDAP. Bezirk Wertheim
Presseabteilung

BEZIRK MANNHEIM

Die mit Pg. Fehlmann, Pforzheim als Redner angelegten Versammlungen am 9. und 10. Januar 1932 in Neulandheim, Edingen und Brühl fallen aus.

Achtung, nationalsozialistische Lehrer!
Am Mittwoch, den 13. Januar, 4.30 Uhr nachmittags Zusammenkunft mit Vortrag im „Weinberg“, D 5.4 Gäste können eingeführt werden. Pg. Kollegen der Bezirke Mannheim und Weinheim wollen sich ebenfalls einfinden.

Mitglieder!
Zur Mitgliederversammlung am Samstag, den 9. Januar 1932 im Ballhaus sind die Werbübcher, soweit sie noch nicht abgeliefert sind, mitzubringen.

Achtung, Sektionspressewart!
Am Dienstag, den 12. Januar 1932, abends 8 Uhr findet auf der Geschäftsstelle eine wichtige Besprechung statt. Erscheinen ist Pflicht!

Achtung! Ortsgruppenführer!
Am Sonntag, den 10. Januar 1932, vorm. 10 Uhr Ortsgruppenführerbesprechung in Schwetzingen im Fraktionszimmer der Ortsgruppe, Mannheimre Straße 16. Außer den Ortsgruppenführern, bzw. deren Stellvertretern, haben noch die Fraktionsführer und Pressewart zu erscheinen.

Führerschule.
Beginn am Freitag, den 8. Januar 1932 8.30 Uhr im Nebenzimmer des „Weinberg“, Mannheim, D 5, 4. Teilnahme nur für solche, die sich bis jetzt angemeldet haben.

Am Montag, den 11. Januar 1932, 8.30 Uhr Massenversammlung im Rufensaal. Es sprechen Landtagsabgeordneter Köhler, Weinheim über: „Der Kampf um die Nacht“, und Ortsgruppenführer Wehler über: „Der Kampf um Mannheim“. Eintritt 40 Pfg., Erwerbsslofe 20 Pfg. Vorverkauf P 5, 13 a.

Am Samstag, den 9. Januar, abds. 8 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung im „Ballhaus“. Erscheinen dringend erforderlich. gez. Wehler, Ortsgruppenführer.

Ortsgruppe Schriesheim: Am 9. Januar 1932, 8.30 Uhr abends, öffentliche Versammlung im „Hirsch“. Es spricht Bezirksrat Dr. Lingens, Heidelberg, über: „Ein Jahr nationalsozialistische Kommunalpolitik“.

Ortsgruppe Hockenheim: Am Samstag, den 10. Januar 1932, 3 Uhr nachmittags, öffentliche Versammlung. Es spricht Stadtrat Wehler, Heidelberg.

Bammentaler Notgeld.

Aber nur für die Ausgesteuerten.
Zum Bürgermeistergehalt reicht es ansehene!

Trotz Diktaturgewalt der Bürgermeister auf den Rathhäusern und trotz Einführung der Kopf- und Biersteuern ist die Gemeindefasse Bammental am Ende ihrer Zahlungen angelangt. Was wir Nationalsozialisten schon lange vorausgesehen, ist eingetroffen: Am letzten Samstag war es der Gemeinde nicht mehr möglich, die Ausgesteuerten mit Bargeld auszubezahlen. Aber das Orts-oberschaupt war rasch entschlossen, und notverordnete auf diktatorischem Weg Notgeld in Form von Gusscheinen!

Wir fragen bei dieser Gelegenheit: Hat der Herr Bürgermeister mit seinem

Hauptgeschäftsführer Dr. W. Kattermann, Verantwortlich für Innenpolitik und Badische Politik: Dr. W. Kattermann. — Für Außenpolitik, Wirtschaft, Religion, Feuilleton und Roman: B. Seeger-Reibe. — Für Gemeindepolitik, Lokales, Gemeindefest, Rab und Fern und Sport: Heberle. — Für Anzeigen: Hammer (Heidelberg) OH (Mannheim). Sämtliche in Heidelberg, (A. Ott in Mannheim). — Druckerei Winter, Heidelberg.

Ministergehalt auch Gusscheine für 600

Mark als Monatsgehalt erhalten? Weiter fragen wir das Bezirksamt und den Herrn Bezirksamtmann: Wollen nun die Instanzen nicht bald unsere Beschwerde anhören, und die hohen Beamtengehälter in unserer Gemeinde wieder soweit herabsetzen, wie sie der Bezirksrat im Oktober festgesetzt hat? (Der Bürgermeister hat sie bekanntlich kraft seiner Diktaturgewalt wieder erhöht.)

Noch einige Wochen so und die 80 Ausgesteuerten von Bammental sicken dem Bezirksamt zur Verfügung, das offenbar die finanzielle Lage der Gemeinde Bammental besser zu kennen meint als der Gemeindeführer.

Nothilfspiele am 10. Januar.

Nur 10. Januar bringt im süddeutschen Verbandsgebiet in allen Klassen Nothilfspiele zu Gunsten der Winterhilfe. Außerdem findet in Saarbrücken das Vorschlagswettbewerb um den Bundespokal zwischen Süddeutschland und Brandenburg statt, während die Maingruppe ihre Verbandsspiele endlich zum Abschluß bringen wird.
Was der ungemein großen Zahl der Nothilfspiele bekannt hier nur die wichtigsten genannt

Heidelberg

in Inventur-Ausverkauf

Beginn: **Mitwoch Sanitoy** 8. 1. 1932

Das Gaud' der Gita Zeitabzug am Bismarckplatz.

Hermann Hippius Heugasse 2 - Telefon 1694

Während der **Inventur-Verkäufe** auf die bekannt billigen Preise noch **10% Bar-Rabatt!**

Betten Hippius Heugasse 2 Nähe der Universität und Jesuitenkirche

Realiste Bezugsquelle für prima Bettwaren aller Art

Jeder Kauf ein Gewinn

Nieten gibt es nicht im Inventur-Ausverkauf bei

Georg Meiners Heidelberg, Hauptstr. 84

Stadttheater Heidelberg.

Donnerstag 7. Januar	19,45 22,50	Abonn. B 16 Die Fledermaus Operette von Johann Strauß.
Freitag 8. Januar	19,45 22,30	Abonn. C 16 Mademoiselle Docteur Ein Bühnenstück von Alfred Pailtzsch
Samstag 9. Januar	15,30 17,40	Kleine Preise Die Wunderlampe Weihnachtsmärchen mit Musik, Gesang und Tanz von Werner Schmidt-v. Lilienthal.
	19,45 22,30	Vorstellung zu halben Preisen. Madame Pompadour Operett von Leo Fall.

Ab 1. Januar:

Musikhaus Flösser
in den neuen Geschäftsräumen

Hauptstraße 100

Turnverein Handschuhheim 86.

Sonntag, 10. Januar 1932 findet im „Gold Adler“ nachmittags 2 Uhr die **Jahres-Hauptversammlung** statt.

Tagesordnung: Protokoll, Mitgliederliste, Berichte, Wahlen.

Wir laden hierzu unsere Mitglieder freundl. ein.

Der Turnrat.
Am 12. Januar: **Wiederbeginn des Turnbetriebs** für alle Abteilungen.
Der Oberturnwart.

Thomas Busch
Tapezier- und Möbelgeschäft
Heidelberg, Landhausstraße 3

Dekorationen, Tapezier- u. Linoleumarbeiten
Fernsprecher 1231 Gegründet 1888

Neuanfertigung und Aufarbeiten von Matratzen sowie sämtlichen Polstermöbeln. Lager in Möbelstoffen, Matratzenrollen, Dunnenköper, Bettfedern. Eisenerne Bettstellen. Weislackmöbel.

Pädagogium Neuenheim - Heidelberg
(Dr. VOLZ)

Realgymnasium mit Gymnasial- und Oberrealschulklassen: VI—OI (Abitur) für **Schüler u. Schülerinnen**. Ausgebauter Privat-Vollanstalt mit kleinen Klassen. **Mittlere Reife** durch Versetzung von UI nach OII. **Umschulung**. Täglich beaufs. Arbeitsstunden für Schüler u. Schülerinnen. Anmeldungen täglich von 12—1 Uhr Weberstr. 4.

Lutherstr. 61 part.

6 Zimmerwohnung
entf. mit großem Manfardenzimmer zum 1. April 1932 zu vermieten. Keine Zentralheizung.
Anzusehen von 11—1 und 3—4 Uhr.
Näheres Lutherstr. 59, 2 Tr.

Wohlthuende **Erleichterung** bei Blähungen durch **Blähungstropfen HEIDHOFA**

Flasche RM. 1.60

Hofapotheke Heidelberg, Bismarckpl.

Stühle werd. geflochten **Stühle** wird. geflochten **Stühle** wird. geflochten **Stühle** wird. geflochten

Staatlich geprüfte Klavierlehrerin erteilt gründlichen **Klavierunterricht**

Helmholtzstr. 18 p.

Stempel-Gerling
Stempelkissen & Farne
HEIDELBERG
Steinstraße 3, Tel. 1944

Elektro Radio Elektron
Eppelheimerstraße 25
Tel. 2004

3 Pfund Roggenbrot
52 Pfg.
Karl Krauth Wwe.
Akademiestr. 8.

Bergheimer Entfettungstee
Mk. 2.—
woblachmeckend, wirksam, unschädlich. Bestandteile: Pucc., species laxant cps., radices et salis

Bergheimer Apotheke
Heidelberg.

Allen Bekannten die frohe Nachricht, daß uns heute ein gesundes **Töchterchen** geschenkt wurde.

In dankbarer Freude
Pfarrer Sauerhöfer u. Frau
Martha geb. Krieg
Gauangeloch.

Z. Zt. Ev. Diakonissenhaus Heidelberg, 6. Januar 1932.

Heizungs-Monteur
übernimmt die Instandhaltung und Bedienung von Heizungen aller Systeme bei billigster Berechnung. — Off. u. Nr. 152 a. den heid. Beob.

Mannheim

Nationaltheater Mannheim.

Donnerstag 7. Januar	20,00 22,15	Miete B 19, mittlere Preise Raubnacht Schauspiel v. Rich. Billinger
Freitag 8. Januar	19,30 22,30	Miete F 16, Sondermiete P 7, mittlere Preise. Leben des Orest Große Oper von Ernst Krenek

Neues Theater — Rosengarten.

Donnerstag 7. Januar	20,00 22,00	Gastspiel Curt Bois von den Reinhardt-Bühnen, Berlin mit Ensemble in Dienst am Kunden Schwank von Curt Bois und Max Hansen. Eintrittspreise: 0,50—3,— RM.
----------------------	----------------	--

L'hafen — Ufa-Palast im Pfalzbau.

Donnerstag 7. Januar	19,30 22,30	Freier Verkauf — Opernpreise Die Fledermaus Operette von Johann Strauß Für die Theatergemeinde Freie Volksbühne die Abt. 79 bis 85, 201—216, 801—809.)
----------------------	----------------	--

Photo-Mayer jetzt **Fotohaus Eichenherr, E 2, 1 (Planken)**

Welcher deutsche Geschäftsmann gibt echtem deutsch denkendem Mädchen, dem ihrer Gesinnung wegen ihre Stellung gekündigt wurde, **Stellung als Verkäuferin** ab 1. Februar 1932. Selbstige war 7 Jahre in einem Geschäft tätig und ist firm im Verkauf sämtlicher Artikel der Herren- und Damenkonfektion, ist aber auch gerne bereit, sich in jeder anderen Branche einzuarbeiten. Mannheim, Weinheim und Umgebung bevorzugt. Lohn nach Übereinkunft.

Zuschriften erbeten unter Nr. 645 an den Verlag der Zeitung.

Herde, Oefen, Gasherde
kaufen Sie sehr vorteilhaft bei **Karl Rudolf, südd. Herdvertrieb**
Büro und Lager: Bellenstr. 2, alte Ulfabr. Mannheim E 3, 1 (Laden)

KOHLN und HOLZ bei **Post, Kohlen G.m.b.H.**
MANNHEIM, Hebelstraße 9, Tel. 302 41

LUISE RULLMANN
Mhm.-Feudenheim
Schwanenstr. 60

empfiehlt
Kolonialwaren
Lebensmittel
Zigarren
Zigaretten
Weine und Liköre
Obst und Südfrüchte

Einige **Speisezimmer** zurückgesetzt **spottbillig** abzugeben bei **DIETRICH E 3, 11**

Lina Lutz MANNHEIM, R 3, 5

Anstricken, Anwehen von Strumpfwaren aller Art mit bester Schweißwolle und Makogarn.

Gut möbl. Zimmer mit 1 oder 2 Betten an Herrn billig zu vermieten. Augartenstr. 66, 2 Tr. Hs.

Fahrräder Fahrradbeleuchtungen Gummi
verkauft spottbillig

Buchheit 0 4, 1 Kunststr.

Ausschneiden! **Wintermäntel Anzüge Lederjacken**
Schuhe, Koffer, Hosen, Kittel, Hochzeitsanzüge (auch leihweise)
KAVALIERHAUS AN- UND VERKAUF
J 1, 20 / Tel. 257 36
Mannheim

Einmalige Gelegenheit! **Speisezimmer** in afrik. Rosenholz, bestehend aus Büfett, Vitrine, Auszugstisch und Stühlen, Preis ganz besonders reduziert, **RM. 570.—**
Rudolf Landes Nachf.
nur **Q 5, 4.**

Bürsten Besen Putzartikel nur von **Martin Bonifer**
Mannheim, F 3, 4
Gegr. 1890

Restauration zum Rennershof
Stadtküche **Kochschule**
Erstes Traiteur-Geschäft Mannheims
Schoenfeld
Rennershofstr. 12 / Telefon 201 22
Gut bürgerliche Familien-Gaststätte
Für Vereine schöne Nebenzimmer

Weide-Bräu, Kaiserring 32
Kulmbacher Reichelbräu
prima Mittag- u. Abendtisch

PIANOS erstklassig FLUGEL altbewährt
Scharf & Hauck
PIANO- und FLÜGEL-FABRIK
Nur **C 4, 4 Mannheim**

Gymnastik
Kurse für Erwachsene und Kinder, Abendkurse.
Rahel Hoffmann
gepr. d. Laban
Auskunft, Prospekte, Anmeldung: Feudenheim, Andreas Hoferstr. 90.

Ausführung von **Maler- und Tüncherarbeiten**
Adam Bub, Augartenstr. 93. Tel. 42564

Die un...
Partei...
ihren lebe...
scheidenste...
lich der b...
eifern sich...
sereu F...
zu ekelerre...
moralisch...
lich ihre...
kujode bef...
Versamml...
Welle des...
nicht von...
rück. Sel...
tungsbeu...
führen gla...
widerliche...
freibalten...
schon die...
seine Bew...
Gerechtigk...
rückföhren...
gierungsste...
um den...
Führer zu...
der NSD...
Kampf mit...
Renjarsb...
niffers Or...
Reichsfinan...
ind die le...
Politiker...
beitsbeweg...
lauteren...
Das B...
Monat zu...
an die To...
Einlaß...
vor uns...
wollte nich...
Zur...
Der...
in alle...
Reichs...
niffers ge...
sprache zu...
ning, Rei...
dem F...
Adolf Hit...
bevorsteh...
dungen b...
Von un...
diese Bep...
liche Mit...
„Adolf...
den 5. Ja...
innenmini...
chung nac...
der NSD...
den 6. Ja...
innenmini...
7. Januar...
kanzler...
minister...
ren Oeger...
wahl war...
Stellung...